Unser Wahlprogramm Gemeinderatswahl 2024

Tübinger Liste

www.tuebinger-liste.de

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG 3

1. STADTENTWICKLUNG 4
1.1 Wachstum und Flächenverbrauch 4
1.2 Klimaschutz und Klimafolgenanpassung 5
1.3 Digitalisierung 6

2. MOBILITÄT 7

3. BAUEN UND WOHNEN 10

4. WIRTSCHAFT, HANDEL, HANDWERK, UNIVERSITÄT UND TOURISMUS 13
4.1 Wirtschaft 13
4.2 Handel und Gastronomie 13
4.3 Handwerk 15
4.4 Universität 15
4.5 Tourismus 15

5. HAUSHALT UND FINANZEN 17

6. SOZIALE STADT 18

7. BILDUNG, KULTUR UND SPORT 22
7.1 Kindertagesbetreuung 22
7.2 Schulen 22
7.3 Bildung außerhalb von Schulen 23
7.4 Kultur 23
7.5 Sport 24

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in diesem Programm in der Regel auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.

EINLEITUNG

Wir sind eine Gruppe engagierter Tübinger Bürgerinnen und Bürger, die sich durch ein gemeinsames Interesse am Wohl unserer Stadt zusammengefunden haben. Hinter uns steht keine Partei, wir denken unabhängig. Unsere Stadträtinnen und Stadträte stimmen bei wichtigen Entscheidungen im Gemeinderat für die überzeugendste Idee, ganz gleich aus welchem politischen Lager sie kommt.

Wir gehen Beobachtungen, Vorschlägen und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger nach, schauen uns vor Ort um und fragen nach. Und das nicht nur in der Kernstadt einschließlich Lustnau und Derendingen, sondern auch in Bebenhausen, Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim, wo wir uns zusätzlich durch Ortsrundgänge informiert halten.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten gehören den verschiedensten Berufsgruppen an: Sie sind Handwerker, Ärzte, Apotheker, Übersetzer, Buchhalter, Gastronomen, Geschäftsführer, Rechtsanwälte, freie Journalisten, Architekten, Lehrer, Nachhaltigkeitsmanager, Erzieher, Laborleiter, Softwareentwickler und, und ...

Seit 2014 sind wir im Gemeinderat vertreten und haben in dieser Zeit vieles angeschoben und unterstützt, in den letzten fünf Jahren zum Beispiel

- den Bürgerentscheid zur Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn.
- das Bäderkonzept mit einem neuen Hallenbad Süd.
- die Fortführung der Müllabfuhr in städtischer Hand.
- die Sanierung und Umgestaltung des Stadtschreiberhauses.
- die Verbesserung der Beleuchtung des Hackersteigles.
- die frühe Umstellung der TüBus-Flotte auf E-Mobilität.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, wie wir denken und welche Ziele wir in den nächsten Jahren verfolgen. Eingebettet sind diese Ziele in die Leitthemen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.

Geben Sie uns Ihre Stimme, damit wir im Gemeinderat mit noch mehr Einfluss Ihre Interessen vertreten und an den großen und den kleinen Dingen zum Wohl der Stadt arbeiten können – nüchtern und dennoch empathisch, sachorientiert und ohne erhobenen Zeigefinger.

1. STADTENTWICKLUNG

1.1 Wachstum und Flächenverbrauch

Tübingens Bevölkerung überschritt kürzlich die 91.000. Alles wird immer mehr: mehr Einwohner, mehr Studierende, mehr Arbeitsplätze, mehr Steuereinnahmen, mehr Verkehr. Das bedeutet aber andererseits: Wohnraum wird knapp und teuer, das Grün in der Stadt schwindet, Pflegeplätze für Ältere und Betreuungsangebote für Kinder fehlen. Das Wachstum fordert uns, in Teilbereichen überfordert es uns. Die Stadt muss für die Zukunft umdenken.

Die Konflikte um die knappen Flächen nehmen zu. Das organische Wachstum einer Stadt kann realistischerweise nicht verhindert oder künstlich abgebremst werden. Damit ist der weiter steigende Bedarf an Wohnungen ein Problem, das wir lösen müssen. Die Menschen begehren zu Recht auf, wenn das Grün der Stadt geopfert wird. Beim neuen Busbahnhof mit Café und Radstation sowie dem Radweg samt Radbrücke erlebten wir das exemplarisch. Die inzwischen bei vielen umstrittene Neugestaltung mit viel Beton brachte eine deutliche Verkleinerung des Anlagenparks mit sich. Jetzt würde sich nach den ursprünglichen Planungen die Bebauung der frei gewordenen 6000 qm großen Fläche des ehemaligen ZOB anschließen. Bis Ende der 50er-Jahre war dort eine von Bäumen umgebene große Wiese. Die Idee einer Veräußerung dieser großen Fläche an Investoren halten wir inzwischen für falsch. Wir wollen an dieser Stelle keine Betonburg mit Shoppingcenter, Büros oder Ähnlichem. Wir dürfen uns nicht von aktuellen fiskalischen Zwängen zu einem Verkauf des Grundstücks verleiten lassen, es soll als Vorratsfläche städtisch bleiben. Wir sollten jetzt in Ruhe prüfen: Was gehört hierher? Was schafft für die Menschen einen lebens- und liebenswerten Ort? Was verhindert die Überhitzung des Europaplatzes? Soll die Fläche komplett begrünt und so ein östlicher Teil des Anlagenparks werden, oder soll sie teilweise mit einer Kultur- und Begegnungsstätte, wie etwa einem Konzertsaal, bebaut werden? Wir sind gespannt auf die Ideen und die Diskussion in der Bürgerschaft. Wir stehen nicht unter Zeitdruck.

Beim städtebaulichen Rahmenplan Waldhäuser Ost fand unser Antrag, die Dichte etwas zu reduzieren, keine Mehrheit. Da zusätzlicher Wohnraum, gerade auch im preisgünstigen Segment, dringend benötigt wird, haben wir dem Rahmenplan dennoch zugestimmt. Wir werden aber einfordern, dass in Sachen Grün- und Freiraumplanung, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung den guten Plänen und Absichten der Stadt, zum Beispiel mehr Bäume nachzupflanzen als gefällt werden, auch Taten folgen.

Weiterer Wohnraum kann zukünftig in nennenswertem Umfang fast nur noch am Tübinger Stadtrand oder in den Teilorten entstehen. Die meisten Teilorte (bis auf Bühl) warten seit langem vergeblich auf die von der Verwaltung zugesagten Bebauungspläne für ihre Baugebiete. Die Realisierung ist durch den parallel zu diesen Verzögerungen eingetretenen Anstieg der Zins- und Baukosten sehr viel schwerer geworden. Wir unterstützen die Teilorte in ihrer Forderung nach einer schnellen Umsetzung neuer Bauvorhaben. Das größte zusammenhängende Restpotenzial für neuen Wohnraum liegt zwischen Derendingen und Weilheim, auf dem Saiben. Wir wollen dieses Potenzial heben und dort eine Modellstadt bauen. Bei dieser

Planung und Umsetzung wirklich innovativer Konzepte in Sachen Ökologie, Klimaanpassung und Mobilität würden wir neben der Schaffung von Wohnraum zudem als Stadt praktisch lernen, wie eine Stadt der Zukunft aussehen muss. Diese Konzepte lassen sich danach schrittweise und angepasst auf die Bestandsquartiere übertragen. So sind skandinavische Städte bei der Umgestaltung ihrer Städte vorgegangen, zum Beispiel Stockholm und Aarhus. Wir sollten das einfach mal nachmachen. Mehr dazu im Kapitel Bauen und Wohnen.

Regional denken, planen und handeln
Tübingen ist keine Insel. Ob es um den ÖPNV oder die Abfallbeseitigung geht, die Betreuung von Geflüchteten oder die Ansiedlung von Gewerbe, das Radwegenetz, den Klimaschutz oder den gesamten Sozialbereich – immer braucht es regionale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Landkreis. Deshalb kandidieren auch einige unserer Mitglieder für den Kreistag.

1.2 Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

Mit dem 2020 vom Gemeinderat beschlossenen Klimaschutzprogramm wurde das – wahrscheinlich nicht haltbare – Versprechen abgegeben, bis 2030 in Tübingen Klimaneutralität zu erreichen. Neben den daraus abzuleitenden Klimaschutzmaßnahmen, unserem Beitrag zum Weltklima, gibt es hier vor Ort zum Schutz der Menschen dieser Stadt aber auch die große Aufgabe der Klimafolgenanpassung. Wir spüren alle die Folgen des Klimawandels. Steigende Temperaturen verursachen Probleme, vor allem in Arealen mit hoher Bebauungsdichte und wenig Grün. Im September 2023 beantragten wir, dass sich die Stadtverwaltung Tübingen um eine Teilnahme am European Climate Adaptation Award (ECAA) bemüht. Die Teilnahme an diesem Programm würde die Stadt auf einen guten Weg bringen, den Folgen des Klimawandels strukturiert und zielstrebig zu begegnen. Denn der ECAA gibt ein klares Programm vor, wie die Städte und die Menschen vor den Klimafolgen geschützt werden können. Welche Risiken kommen auf uns zu, wo sind die sensiblen Bereiche und welche Gruppen trifft es besonders? Daraus müssen infrastrukturelle Anpassungen folgen, sei es durch die Änderung von Bauvorschriften, eine Umgestaltung öffentlicher Räume, neue Schutzmaßnahmen oder Frühwarnsysteme. Neben der Umsetzung der ambitionierten Klimaziele ist eben auch ein Ausbau von Grünflächen und ein nachhaltiges Wassermanagement wichtig. Hochwasser- und andere Gefahrenlagen werden wahrscheinlicher. Sind wir ausreichend vorbereitet? Wir haben beispielsweise keine Alarmsirenen mehr in der Stadt. Wir glauben nicht, dass man sich nur auf Apps und Smartphones verlassen sollte.

Ein zentraler Teil der Klimafolgenanpassung betrifft die Stadtbäume. Der Schutz und die Erhaltung von Bestandsbäumen ist sehr viel klimawirksamer als Neupflanzungen. Für jeden mittelgroßen gefällten Baum müsste man nämlich vier bis fünf neue Bäume pflanzen, und selbst sie würden frühestens nach 30 Jahren die negativen Klimafolgen der einen Baumfällung kompensiert haben. Seit wir vor zehn Jahren in den Gemeinderat eingezogen sind, versuchen wir eine Tübinger Baumschutzsatzung durchzusetzen. Im September 2022 fanden wir endlich eine Mehrheit im Gemeinderat und die Verwaltung wurde verpflichtet, den Entwurf einer Baumschutzsatzung zu erarbeiten. Wir werden mit Nachdruck eine zeitnahe Umsetzung einfordern.

1.3 Digitalisierung

Bereits vor fünf Jahren haben wir in unserem Wahlprogramm auf die infrastrukturellen Herausforderungen hingewiesen, die der schon damals absehbare Technologiewandel und die anstehenden tiefgreifenden Klimaschutzmaßnahmen stellen. Unsere Vision umfasste eine Infrastruktur, die zukunftsfähige Technologien wie die neuen Mobilitätsformen, Smart Home, regenerative Wärme und intelligente Stromnetze unterstützt. Dies erfordert eine umfassende Planung, die von ausreichenden Stromversorgungsinfrastrukturen über Ladestationen bis hin zu neuen Verkehrskonzepten und Glasfaseranschlüssen reicht. Vergleichen kann man das mit den historischen Umbauten, als erstmals die Kanalisation bzw. der elektrische Strom in unsere Städte kam. Dabei konnte und kann sich eine vorausschauende und verantwortungsvolle Gemeinde nicht auf private Anbieter verlassen.

Bei den vielen Straßenarbeiten müssen, anders als bis vor kurzem üblich, Leerrohre für Glasfaser mitverlegt werden, damit Straßen nicht mehrmals geöffnet werden müssen. In neuen Baugebieten muss von Anfang an eine angemessene Dateninfrastruktur mit Glasfaser bis an die Häuser geschaffen werden. Für die Stadt und die Bauherren muss es zukünftig eine beidseitige Verpflichtung sein, die Datenanschlüsse (und daneben die Bereitstellung von ausreichend Strom für Mobilität und ggf. Wärmepumpen) zu gewährleisten.

Die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz verstärkt die Dringlichkeit dieser Maßnahmen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Infrastruktur nicht nur den heutigen Anforderungen entspricht, sondern flexibel genug ist, um sich an die dynamischen Veränderungen anzupassen, die durch die KI im nächsten Jahrzehnt ausgelöst werden. Dies umfasst die Entwicklung intelligenter Netze, die die Grundlage für die Integration von KI in den Alltag bilden.

Durch Digitalisierung und den Einsatz künstlicher Intelligenz kann unsere Stadtverwaltung noch bürgerfreundlicher werden. Verwaltungsprozesse lassen sich effizienter gestalten, sodass den Angestellten der Stadt mehr Zeit für ihre Rolle als persönliche Ansprechpartner der Bürgerschaft bleibt. Dies könnte zu einer bisher kaum zu träumenden Bürgernähe führen. Individuelle Anliegen könnten schnell und gezielt bearbeitet werden. Außerdem wird die neue Technologie der Verwaltung dabei helfen, komplexe Datenanalysen durchzuführen und so viel fundiertere Entscheidungen in der Stadtplanung zu ermöglichen. Andere Städte, zum Beispiel Karlsruhe, sind uns da weit voraus. Wir sollten uns nicht scheuen, bei ihnen möglichst viel abzuschauen.

Auf örtlicher Ebene können die neuen Technologien, wie die bereits in Hagelloch und Hirschau aktiv genutzten Dorf-Apps, eine Chance eröffnen, sich besser zu vernetzen, auszutauschen und gegenseitig zu helfen. Wir unterstützen solche zivilgesellschaftlichen Vorstöße sehr und wünschen uns, dass die Stadt diese über Vereine getragenen Dorf-App-Aktivitäten tatkräftig fördert. Neben den Stadtteiltreffs gäbe es damit ein weiteres Instrument zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und gemeinschaftlichen Engagements.

2. MOBILITÄT

Verkehr und Wege immer mitplanen
Tübingens sieben Hügel lassen sich nicht versetzen, unsere Straßen sind und bleiben eng. Diesen Herausforderungen können wir nur mit einem intelligenten Verkehrsmix begegnen.

Viele von uns sind an einem Tag sowohl Fußgänger als auch Radfahrer, Bus- und Autofahrer. Im Bundesvergleich sind die Tübinger in ihrer Stadt sogar überwiegend zu Fuß, mit dem Fahrrad und per Bus unterwegs. Wir machen das gerne noch attraktiver: Pünktlicher, engmaschiger Busverkehr, bessere Fuß- und Radwege. Aber für uns hat auch das Auto seine Berechtigung. Berufstätige Eltern mit Kindern können auf das Auto oft nicht verzichten. Für Ältere kann ein Auto die letzte Freiheit sein.

Bei großen Bauprojekten müssen die Verkehrsströme, Wegebeziehungen und Knotenpunkte mitgeplant werden. Neue Baugebiete – wie das Queck-Areal – begrüßen wir, denn sie schaffen neuen Lebensraum für viele Menschen. Aber sowohl PKW- und Anlieferverkehr als auch die Fuß- und Fahrradwege müssen von Anfang an mitgedacht werden. Dabei müssen wir schon für die nahe Zukunft die Veränderungen durch neue Mobilitätsformen einbeziehen.

Stadtverkehr optimieren, auch ohne Schienen
Das Regionalstadtbahn-Projekt, also den Ausbau und die Elektrifizierung der Regionalbahnstrecken, haben wir immer unterstützt. Tübingen wird mit zwölf Haltepunkten engmaschig angeschlossen sein. Bereits vor dem maßgeblich von uns herbeigeführten Bürgerentscheid gegen die Innenstadtstrecke (ISS) im September 2021 gab es eine – allerdings nicht sehr tiefgehende – Untersuchung möglicher Alternativen bis hin zu einer Seilbahn-Lösung. Diese wurde nun, auch von uns unterstützt, neu aufgesetzt und wird sehr viel umfassender durchgeführt. Es geht dabei um drei Stränge: Eine alternative Streckenführung der Stadtbahn durch Tübingen, staufreie Expressbuslinien und – eher als Zukunftsprojekt – fahrerlose elektrische Kleinbusse, die zusammengekoppelt werden können. Wir sind überzeugt, dass die innerstädtische Mobilität in unserer kleinteiligen Stadt mit einem flexiblen System besser bedient ist als mit einer schienengebundenen Lösung, deren Funktionieren auch noch von Störungen auf den Regionalbahnstrecken beeinträchtigt würde. Hinzu kommt, dass eine alternative Streckenführung der Stadtbahn noch teurer kommen dürfte als die ISS. Eine Lösung, die – als einzige Änderung gegenüber der abgelehnten ISS – auf eine eingleisige Strecke in der Mühlstraße setzt, kommt für uns nicht in Betracht.

Privaten Autoverkehr modernisieren und ersetzen
Den Umstieg auf Bus und Bahn oder abgasfreie Zweiräder wollen wir so attraktiv machen, dass viele möglichst bald ihren eigenen PKW freiwillig stehen lassen oder aufgeben. Wir wünschen uns Anreize, damit möglichst viele sich auf lokal abgasfreie Elektrofahrzeuge, vielleicht sogar auf entsprechende Teil-Auto-Angebote einlassen und sich ansonsten mit einer Kombination von weiteren Verkehrsmitteln bewegen. Von Verboten oder Belehrungen halten wir wenig. Den öffentlichen Nahverkehr unterstützen wir gern, wenn er die neuen technischen Entwicklungen rechtzeitig aufgreift.

Kein Parksuchverkehr in der Altstadt
Unsere Altstadt soll von Parksuchverkehr befreit werden. Die noch vorhandenen öffentlichen Parkplätze sollen ausschließlich für Bewohner ausgewiesen werden, mit Ausnahmen für Handwerker und Pflegedienste, die tagsüber die Möglichkeit haben sollten, ihre Fahrzeuge abzustellen, um Kunden und Patienten zu erreichen. Selbstverständlich bleiben alle Behindertenparkplätze bestehen. Für Besucher und Gäste stehen ausreichend Parkflächen in den nahegelegenen Parkhäusern zur Verfügung.

TüBus umsonst?
Das Landesmobilitätsgesetz (Entwurf Stand 12/2023) ermöglicht nicht einen „TüBus umsonst“ über die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe. Möglich wäre nur eine Finanzierung über kommunale Steuern. Das lehnen wir ab. Wir halten es –auch im Hinblick auf eine Attraktivitätssteigerung des TüBus – für wichtiger, die begrenzten finanziellen Mittel „im System“ einzusetzen: für den Ausbau des Streckennetzes, einen engeren und verlässlichen Takt, funktionierende Anzeigen, eine sozialverträgliche Preisgestaltung, ein komfortables Bezahlsystem. Zusätzlich sehen wir in der Förderung von Shared-Mobility-Modellen ein großes Potenzial.

Sichere Radwege
Das Hauptverkehrsmittel in Tübingen ist das Fahrrad. Aber dadurch wird Tübingen nicht automatisch zu einer fahrradfreundlichen Stadt. Zwar ist Tübingen im jährlichen Städte-Test des ADFC aktuell auf Platz drei, aber gefühlt sind die Verkehrsbedingungen für Fahrräder weiterhin eher mittelmäßig. Großprojekte und Stückwerk lassen ein geschlossenes System und die Sorgfalt im Detail vielerorts vermissen.

Die Markierungen der Radwege an kritischen Stellen wie Abbiegespuren und Kreuzungen mit blauer Farbe hat sich erfolgreich durchgesetzt, sollte allerdings noch konsequenter umgesetzt werden. Insgesamt sollte das Radverkehrsnetz noch stärker an den zentralen Nutzer-Zielorten orientiert werden. Insbesondere die Schulwege, Wege zur Arbeit und zum Studium sollten im Radwegenetz ihre Beachtung finden. Mit dem in der tatsächlichen Umsetzung noch in den Anfängen steckenden Radverkehrskonzept 2030 und durch die Fertigstellung der neuen Radbrücken entstehen zentrale und leistungsfähige Nord-Süd- und Ost-West-Achsen. Allerdings müssen auch hier die anderen Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, ÖPNV usw.) stets mitbedacht werden. Dies ist uns ein großes Anliegen.

Der steigende Radverkehr erfordert weit mehr Fahrradabstellplätze. Es ist zwar ein tolles Parkhaus am neuen Busbahnhof entstanden, aber es finden sich weiterhin nicht genügend Abstellplätze, insbesondere rund um die Altstadt. Mehr freie Stellplätze gäbe es auch durch regelmäßiges Entfernen aufgegebener Fahrräder.

An Fußgänger denken
Wir haben nicht nur ÖPNV-Nutzer, Autofahrer und Radfahrer im Blick, sondern auch die Fußgänger. Sie stellen die größte Gruppe im Tübinger Verkehrsmix. Sie sind die verletzlichste Gruppe und sie werden gerne ignoriert. Die gepflasterten Gassen und Straßen sind typisch für unsere Innenstadt. Schön sind sie auch, aber fehlende Steine, Löcher und Asphaltaus-

besserungen sind gefährliche Stolperfallen. Gerade für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind unsere Fußgängerbereiche und sogenannten Gehwege unberechenbare Hindernis- und Stolperparcours. Das lässt sich mit vertretbaren Mitteln und regelmäßiger Beseitigung der Fehlstellen einfach beheben. Wir setzen uns daher für die laufende Instandhaltung und Pflege von Straßen, Plätzen, Gehwegen und Treppen in Tübingen ein. Wir fordern einen mittelfristigen Sanierungsplan und dessen konsequente Umsetzung.

Auch die Konfliktsituationen zwischen den Verkehrsteilnehmern in der Altstadt beschäftigen uns. Einer Freigabe der Fußgängerzonen (auch während zeitlicher Randlagen) für den Radverkehr stehen wir kritisch gegenüber, da sich die dort vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit kaum durchsetzen lässt. Besonders für Eltern mit kleinen Kindern und ältere Menschen ist das gefährlich. Wenn es nicht mit Vernunft unter allen Verkehrsteilnehmern geht, muss dies durch verstärkte und konsequente Kontrollen durch den Kommunalen Ordnungsdienst geregelt werden.

Barrierefreiheit beachten

An vielen Stellen sind wir schon auf einem guten Weg, unser Kopfsteinpflaster in der Innenstadt barrierefrei zu machen. Besonders auf dem Marktplatz und der Kornhausstraße haben ältere Bürger, Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen große Probleme. Nicht abgesenkte Bordsteine, zugestellte oder nicht vorhandene Orientierungsstreifen für Sehbehinderte stellen lästige Hindernisse dar. Hier gilt es noch die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Alle Ziele müssen für alle Menschen erreichbar sein.

3. BAUEN UND WOHNEN

Tübingen mit seinen inzwischen über 91.000 Einwohnern erlebt seit 15 Jahren ein intensives Wachstum, das uns vor große Herausforderungen stellt. Die Entwicklung unserer Wirtschaft, Universität und Forschungseinrichtungen führt zu einem starken Bedarf an Gewerbeflächen und, noch dringender, an bezahlbarem Wohnraum. Knappe Flächen und gestiegene Baukosten sind eine große Herausforderung. Wir werden um die Ausweisung weiterer Baugebiete und möglicherweise auch die Absenkung von Standards kaum herumkommen.

Mehr Sozialwohnungen bauen
Tübingen hat sich beim Bau von Sozialwohnungen stark engagiert und mehr erreicht als andere Kommunen. Trotzdem bleibt ein hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft (GWG) spielt für die Schaffung von Sozialwohnungen eine Schlüsselrolle: Sie baut sie nicht nur, sondern vermietet auch ihren eigenen und den großen städtischen Wohnungsbestand zu günstigen Konditionen. Sie bringt Wohnungen, die aus der Sozialbindung gefallen sind, inzwischen mit staatlichen Unterstützungsprogrammen in die Bindung zurück. Die Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis hilft der GWG, die Kostensteigerungen besser zu bewältigen. Dies alles unterstützen wir nachdrücklich. Zudem setzen wir uns aktuell für Flexibilität beim Energiestandard ein, um den Bau von Sozialwohnungen der GWG wirtschaftlich zu ermöglichen.

Angebot an bezahlbaren Wohnungen vergrößern
Wie, wo und wann kann zusätzlicher Wohnraum mit einem hohen Anteil an erschwinglichen Wohnungen geschaffen werden? Sorgfältige Überlegungen und sinnvolle Verpflichtungen sind erforderlich. Dabei müssen Bebauungspläne, Baugenehmigungen und Bauprojekte von der Verwaltung zügig umgesetzt werden. Die angelaufene Verwaltungsdigitalisierung könnte hier positiv wirken. Werden die Projekte richtig priorisiert? Wir werden ein wachsames Auge darauf haben.

Unter dem Begriff „Fairer Wohnen“ arbeiten Gemeinderat und Verwaltung seit langem mit einem Bündel von Zielvorgaben daran, den Wohnungsmarkt zu entspannen und bezahlbar zu halten. Wir setzen auf eine hohe Quote preisvergünstigter Wohnungen und angemessene Energiestandards, während wir sorgfältig auch die Rechte und Interessen der Immobilienbesitzer abwägen. Unser Ziel ist es, Überregulierungen zu vermeiden, die neuen Wohnraum sogar verhindern könnten.

Wir halten das Tübinger Konzept-Verfahren bei der Vergabe städtischer Grundstücke zu festgelegten fairen Preisen für gut. Die Qualität der Konzepte ist ausschlaggebend für die Auswahl der Bewerber, so praktiziert im Güterbahnhofsgelände, am Hechinger Eck und in der Marienburger Straße. Bei der Vergabe geht es darum, welche Projekte den größten Wert für die Stadt bringen (sozial, architektonisch, durch Angebote wie Kindergärten, Sozialstationen, Angebote an die Nachbarschaft etc.). So bekommen Baugemeinschaften, Genossenschaften, kommunale Wohnbaugesellschaften und andere private Bauherren eine Chance. Diese gute Vergabepraxis wollen wir beibehalten.

Genossenschaften können eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums übernehmen. Sie bauen kreativ, gut und günstig, was den von ihnen geschaffenen Wohnungsmarkt langfristig erschwinglich hält. Wir fördern ihre Beteiligung an Grundstücksvergaben. Die von Land und Stadt unterstützte neue Dachgenossenschaft in Tübingen ist ein weiterer Schritt in diese Richtung, den wir begrüßen. Allerdings stoßen wir bei der Förderung einzelner Projekte dieser Dachgenossenschaft an die Grenzen der Verteilungsgerechtigkeit.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten bringen das Fachwissen ein, um an diesen Themen mitarbeiten und ihre Umsetzung kritisch begleiten zu können.

Zukunftsgerechter Städtebau auf dem Saiben
Im Saiben, unserem größten Entwicklungsgebiet, wollen wir etwa 600 Wohnungen als Teil einer ambitionierten „Stadt von Morgen“ gestalten. Angelehnt an das Konzept des Fraunhofer-Instituts und das ganz aktuelle Paradebeispiel Freiburg-Dietenbach wünschen wir uns dort eine Integration von ökologischem Bauen, Wärmeversorgung, Smart-City-Technologien, intelligenten Stromnetzen, neuen Mobilitätskonzepten und Schwammstadt-Ideen, um nur die wichtigsten Konzeptideen zukunftsgerechter Städte zu nennen. Aus den Erfahrungen des Güterbahnhofareals, wo wichtige Infrastrukturen wie Glasfaser und E-Mobilitätsstandards fehlten, müssen wir lernen und es besser machen.

Wohnraumreserve unter den Dächern
Ungenutzter Raum, der als Wohnraum nutzbar wäre, befindet sich unter den Dächern, insbesondere in unserer Altstadt. Dies wäre eine gute Form der Verdichtung direkt in der Stadt, ohne dass Grünflächen geopfert werden müssten. 2014, zu Beginn unserer ersten Amtszeit, schlugen wir vor, die Altstadtsatzung und den Bebauungsplan Altstadt so zu überarbeiten, dass solche Möglichkeiten erleichtert werden. Unser Vorschlag wurde erst Ende 2018 vom Gemeinderat aufgegriffen, und die Umsetzung soll jetzt nach zehn Jahren des Wartens bald beginnen. Zehn Jahre, in denen Umbauten finanziell attraktiv waren, verstrichen leider ungenutzt. Wir bleiben weiter dran und hoffen, dass die Realisierung baldmöglichst stattfindet. Bei der GWG wird die Idee, Wohnraum unterm Dach zu schaffen, in einigen großen Wohnkomplexen außerhalb der Altstadt bereits umgesetzt. Das ist großartig und wird von uns sehr begrüßt.

Städtische Initiative gegen Wohnungsleerstand
Vor sieben Jahren eingeführt, hat die Zweckentfremdungsverordnung nur sehr begrenzt Erfolg gegen den Leerstand von Wohnraum gezeigt. Kein einziges Verfahren erzwang die Reaktivierung leerstehender Wohnungen. Wir erkennen, dass rechtliche Maßnahmen allein nicht ausreichen, um hunderte leerstehende Wohnungen wieder zu nutzen. Unser Ansatz setzt auf Kooperation, zum Beispiel könnte die Stadt oder ein städtisches Unternehmen als verlässlicher Zwischenmieter auftreten, um Eigentümern Unsicherheiten und Belastungen abzunehmen.

Wir haben bereits vor zehn Jahren in öffentlichen Vorträgen und in Gesprächen mit der Verwaltungsspitze eine städtisch unterstützte Beratung für Eigentümer leerstehender Häuser ins Gespräch gebracht. Diese sollte helfen, die Komplexität baurechtlicher Anforderungen,

von Denkmalschutzbestimmungen, finanziellen Risiken und Fragen der Steuerung eines Sanierungsprojektes zu entwirren. Viele Leerstände resultieren schlicht aus der Überforderung der Eigentümer durch solche großen und meist auch teuren Sanierungen. Durch die Nutzung lokaler Fachkompetenz könnten wir eine überwiegend ehrenamtliche Unterstützung für Immobilienbesitzer organisieren. Nebenbei könnte damit auch der inzwischen gefährliche Verfall historischer Bausubstanz in der Altstadt gebremst werden.

Neue Wohnheime für Studierende

Mit über 28.000 Studierenden in unserer Stadt besteht ein intensiver Wettbewerb um Wohnraum. Studentische Wohngemeinschaften können oft höhere Mieten zahlen als Familien, was zu deren Verdrängung führt. Trotz des Anstiegs der Studierendenzahlen wurden in den letzten 15 Jahren vom Land oder Studierendenwerk keine neuen Wohnheime errichtet. Wir haben regelmäßige Gespräche zwischen Gemeinderat, Universität, Landesbauverwaltung und Studierendenwerk initiiert und bestehen jetzt auf zusätzlichen Wohnheimen zur Entlastung des Wohnungsmarktes. Nach einem Führungswechsel im Studierendenwerk sind wir optimistisch.

4. WIRTSCHAFT, HANDEL, HANDWERK, UNIVERSITÄT UND TOURISMUS

Tübingens Wirtschaft ist vielfältig und sorgt für hohe Gewerbesteuereinnahmen. Solide und innovative Industriebetriebe, ein breit gefächertes Handwerk und hochmoderne Medizingeräte-, Biotech- und IT-Unternehmen schaffen Arbeitsplätze.

4.1 Wirtschaft

Rare Gewerbeflächen optimal nutzen
Gewerbeflächen sind genauso rar wie Wohngrundstücke. Die Stadt bemüht sich, Betriebe mit großem Flächenbedarf und wenigen Mitarbeitern nicht mehr in Tübingen anzusiedeln. Aber allein durch das Wachstum der vorhandenen Tübinger Wirtschaft, der Universität und der Kliniken ergibt sich ein Flächenbedarf, der bald nicht mehr befriedigt werden kann. Auf dem Schelmen kann möglicherweise in den kommenden Jahren noch ein größeres zusammenhängendes Gewerbegebiet entstehen.

Bei den neuen und bei den bereits bestehenden Gewerbeflächen sollte nach dem Grundsatz der Innenentwicklung zukünftig noch intensiver geprüft werden, wie sie optimal zu nutzen sind. Höher zu bauen kann viel Fläche sparen. Darüber hinaus sollte die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WIT) bei Anfragen systematisch prüfen, wo es Brachen und Leerstände gibt, und zwar auch in den Teilorten und Nachbargemeinden des Landkreises.

Die Vergabe von Gewerbeflächen muss sich primär an den berechtigten Interessen der örtlichen Firmen orientieren. Neue Betriebe, Start-ups, die hier in Tübingen entstehen oder sich aus guten Gründen, wie etwa der Nähe zu unseren wissenschaftlichen Institutionen, hier ansiedeln möchten, müssen unseren Vorgaben entsprechen: Hohe Wertschöpfung, hohe Arbeitsplatzdichte, High Tech und möglichst emissionsarm. Wirtschaftswachstum um jeden Preis darf nicht der Tübinger Ansatz sein.

4.2 Handel und Gastronomie

Weniger Leerstand, mehr Aufenthaltsqualität in der Altstadt
Lange Zeit bot Tübingens Altstadt mit ihren vielen inhabergeführten Geschäften und einem fast unschlagbaren Ambiente eine wohltuende Ausnahme von den typischen Innenstädten mit den immer gleichen Großketten-Läden. Diese inhabergeführten Geschäfte, selbst in den besten Lagen wie am Marktplatz, sterben immer mehr aus. Darüber hinaus sind immer mehr Leerstände festzustellen.

Wir unterstützen die von der Stadt aufgesetzte Rahmenplanung für die Altstadt, die noch in diesem Jahr Antworten liefern soll, wie die Attraktivität der Altstadt langfristig erhalten werden kann. Vieles halten wir für erforderlich, zum Beispiel:

- Die Stadt muss einen gepflegten Eindruck machen, überquellende Abfallkörbe tragen nicht dazu bei, das Wegwerfen und Liegenlassen von Müll auch nicht. Deshalb brauchen wir sowohl eine der Größe der Stadt angemessene Zahl von Mülleimern als auch einen Ordnungsdienst, der stärker kontrolliert und auch mal Knöllchen verteilt.

- Kostenlose Verweilplätze, auch für junge Menschen, sind nötig. Trinkbrunnen und Sitzgelegenheiten gehören dazu.

- Die Fußgängerzone sollte frei von Radfahrern sein. Auch hier muss der Ordnungsdienst mehr hinschauen. Der Parksuchverkehr muss zurückgedrängt werden.

- Mit den „Netten Toiletten“ in Restaurants finden Besucher der Stadt eine Toilette, für die wir uns nicht schämen müssen. Sie sind eine wichtige Ergänzung zur Grundversorgung mit öffentlichen Toiletten und bedürfen deshalb finanzieller Förderung.

Das bisher im Altstadt-Bebauungsplan enthaltene Verbot einer Ausweitung des Angebots an Gaststätten ist angesichts der Zunahme des Leerstands von Einzelhandelsflächen zu hinterfragen. Eine maßvolle Erweiterung des gastronomischen Angebots sollte innen und außen ermöglicht werden. Das ist nicht nur ein Trend. Die wenigen weiterhin sehr erfolgreichen alten Innenstädte haben nach unseren Beobachtungen alle diesen relativ hohen Anteil an Gaststätten und gaststättenähnlichen Betrieben.

Die vielen Leerstände und untergenutzten Flächen wie am Marktplatz und in der Neuen Straße sind ein Ärgernis. Wir wünschen uns einen klaren Dialog der Stadt mit den Vermietern, die durch überzogene Miethöhen Leerstände und Geschäftsaufgaben produzieren. Die Hausbesitzer und Vermieter sollten dafür sensibilisiert werden, schon bei sich abzeichnenden Kündigungen oder Leerständen die städtische Wirtschaftsförderung (WIT) anzusprechen. Sie könnte mithelfen bei den Fragen: Welche Nutzung passt in das Umfeld, wie können Flächen benachbarter Häuser vielleicht zusammengelegt werden, wie lässt sich möglichst problemlos eine Nutzungsänderung erreichen, welche Interessenten sind auf der bei der Wirtschaftsförderung geführten Interessentenliste, wie lassen sich moderate Mieten durchsetzen?

Nachts in Tübingen

Wir setzen uns für ein vielfältiges Nachtleben in Tübingen ein und wünschen uns ein Angebot an Bars und Clubs in der Altstadt, das alle Altersgruppen bedient und für eine gute Durchmischung sorgt. Das Feiern und die Wege nach Hause müssen für alle sicher sein. Wir wünschen uns ein funktionierendes Konzept, das dem Bedürfnis der Anwohner nach Nachtruhe und dem Anspruch Tübingens als lebendige und junge Stadt gerecht wird. Wir setzen auf die Weiterführung der Runden Tische zwischen Gastronomen, Stadt und Bürgern, die Selbstverantwortung der Clubbetreiber und Gastronomen kombiniert mit einer besseren Kontrolle durch den kommunalen Ordnungsdienst. Mit den Club- und Kulturzentren außerhalb der Altstadt bietet Tübingen ein breites Angebot, auch überregional. Diese Zentren, zum Beispiel Sudhaus und Schlachthaus, möchten wir unterstützen und weiter ausbauen, auch in Bezug auf die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.

4.3 Handwerk

Unsere Handwerker sind oft seit Generationen in dieser Stadt ansässig und müssen mit ihren Mitarbeitern hier ihren Geschäften nachgehen können. Für das Handwerk sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine zukunftssichere Entwicklung ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass den Handwerkern ausreichend Flächen für ihre Weiterentwicklung zur Verfügung stehen. Wir sind froh, dass aktuell die Gewerbefläche Aischbach II Handwerksbetrieben angeboten wird, nachdem die Gemeinderatsmehrheit zunächst eine andere Verwendung vorgesehen hatte.

Damit bestehende Handwerksbetriebe in der Familie weitergeführt oder an außenstehende Handwerker übergeben werden können, brauchen wir auch in Zukunft geeignete, motivierte junge Menschen für die handwerkliche Ausbildung sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Um Fachkräfte zu gewinnen, müssen wir den mittleren Bildungsabschluss und die duale Ausbildung stärken statt ein neues Gymnasium zu bauen. Wir müssen Ausbildungsbetriebe fördern und den handwerklichen Berufsweg nicht nur in Schulen, sondern auch im Rahmen von Integrationskursen aktiv bewerben.

Das Handwerk braucht die sichtbare Aufmerksamkeit und Anerkennung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft. So könnten zum Beispiel der Oberbürgermeister bei Lehrabschlussfeiern, beim Übergeben der (goldenen) Meisterbriefe und sonstigen Handwerksveranstaltungen zugegen sein.

4.4 Universität

Hat Tübingen eine Universität oder ist Tübingen die Universität? Jedenfalls besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Deshalb ist eine Verstärkung des bisherigen Dialogs wichtig. Größe und weiteres Wachstum von Universität und Kliniken haben erhebliche Auswirkungen auf den Flächenbedarf, den Wohnungsmarkt, die Verkehrsplanung und -lenkung u.v.m. Es zeichnet sich ab, dass die Universität auf eine Erweiterung des Campus Morgenstelle in Richtung Rosenau verzichten kann und der Entwurf des Rahmenplans vom Dezember 2022 damit gegenstandslos wird. Wir begrüßen das ebenso wie die Aussicht, dass das Klinikum das Gebiet der Oberen Sarchhalde für seine Erweiterungspläne nicht mehr benötigen wird.

4.5 Tourismus

Tourismusangebote vernetzen
Touristen sind extrem wichtig für den Handel, die Gastronomie und das Übernachtungsgewerbe. Studien und Gespräche mit den Betrieben belegen: Ohne Tourismus wären nur wenige Betriebe in der Innenstadt überlebensfähig. Umgekehrt kann die Lösung auch nicht der Massentourismus sein. Auf das richtige Maß kommt es an: Welche Art von Tourismus tut uns gut, und welche Grenzen sollten wir nicht überschreiten? Auf diesem Feld hat der Bürger-

und Verkehrsverein gemeinsam mit der städtischen WIT die Tübinger Angebote und das Auftreten der Stadt im Markt, zum Beispiel bei Messen, gut geschärft und gerade in den letzten Jahren zu einer immer besseren Zusammenarbeit gefunden.

Der Umbrisch-Provenzalische Markt, die ChocolART, der Weihnachtsmarkt, das Stadtfest und viele weitere Veranstaltungen sind bei Einheimischen und Touristen sehr beliebt. Aber es gilt auch, die berechtigten Interessen von Anwohnern und Ladenbesitzern zu wahren, die der Lärmbelastung ausgesetzt bzw. deren Schaufenster und Ladeneingänge manchmal kaum noch zu finden sind. Hier braucht es Lösungen, die allen Seiten gerecht werden.

Wir wünschen uns, dass sich die Universität mit ihren zahlreichen Kongressen und den weltweit bekannten Eiszeitfunden auf dem Schloss stärker mit der städtischen Tourismusförderung verbindet. Diese gemeinsamen Bemühungen von Stadt und Universität wollen wir aktiv mitgestalten. Eine maßvolle Verzahnung des kulturellen Angebots in Tübingen mit internationalen Touristenmagneten wie zum Beispiel Metzingen könnte dem Tourismus in Tübingen guttun.

Als Ergänzung zum boomenden Campingtourismus können wir uns auch einen einfachen Wohnmobilstellplatz am Stadtrand vorstellen, den es inzwischen in vielen Städten Deutschlands gibt.

5. HAUSHALT UND FINANZEN

Für solide Stadtfinanzen sorgen
Vor allem aufgrund der Entwicklungen auf der Ausgabenseite rutscht der städtische Haushalt in diesem Jahr deutlich ins Minus, der Schuldenstand steigt. Dies wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen, wenn nicht frühzeitig gegengesteuert wird. Wir hoffen, dass unser Kurs des sparsamen Wirtschaftens im neuen Gemeinderat mehrheitsfähig wird.

Maßstab für die Ausgabenplanung der Stadt muss die Finanzierbarkeit auf lange Sicht sein. Neue Infrastruktur und weitere Personalstellen belasten künftige Haushalte mit jährlichen Folgekosten. Nicht jedes Vorhaben ist vordringlich, nur weil es dafür Anschubhilfen von Bund oder Land gibt. Auch diese sind letztlich unser Steuergeld. Im Vordergrund unserer Investitionen müssen Pflege und Erhaltung der städtischen Gebäude, Straßen, Brücken, Wege und Treppen stehen, insbesondere die Sanierung von Schulen.

Im sozialen und kulturellen Bereich übernehmen Vereine und Organisationen eine Vielzahl von Aufgaben, deren Erfüllung für die Stadtgesellschaft unverzichtbar ist. Sie müssen deshalb verlässlich finanziert werden. Wir achten aber darauf, dass keine unnötigen Doppelstrukturen entstehen.

Bei der anstehenden Konsolidierung muss es in erster Linie um Umschichtungen auf der Ausgabenseite gehen. Steuererhöhungen oder weitere Kreditaufnahmen sehen wir nicht als Lösung. Insbesondere werden wir dafür eintreten, dass die zum 01.01.2025 in Kraft tretende Grundsteuerreform in Tübingen aufkommensneutral erfolgt, wie von der Politik generell zugesagt.

6. SOZIALE STADT

Eine soziale Stadt schafft ein gutes Miteinander aller Generationen der Stadtgesellschaft und schließt Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen ein.

Die demografische Entwicklung beschäftigt Tübingen in mehrfacher Hinsicht. Die zunehmende Zahl an Kindern und Jugendlichen hat massive Auswirkungen auf die Planungen von Kitas und Schulen. Ebenso erzeugt die zunehmende Zahl älterer Menschen einen Handlungsbedarf. Dies stellt eine Stadt vor große Herausforderungen.

Die im Jahr 2015 beschlossene und 2023 erneut aktualisierte Sozialkonzeption bildet die Grundlage aller Überlegungen und Planungen im Sozialbereich. Sie richtet sich an den Bedürfnissen der einzelnen Quartiere, Stadtteile und Teilorte aus. Hier sind alle Fraktionen auf einem guten gemeinsamen Weg. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Tübingen seinem Ruf als „soziale Stadt“ gerecht wird.

Familienfreundliche Strukturen
Wir wollen familienfreundliche Strukturen in Tübingen stärken und ausbauen.
Die KreisBonusCard ist für viele Familien der Zugang zu Bildungs- und Teilhabeangeboten. Hier ist es uns wichtig, die Möglichkeiten zu den Vergünstigungen noch besser aufzuzeigen und die Antragsverfahren niederschwelliger zu gestalten, zum Beispiel durch leicht verständliche Sprache. Hierbei können Schulsozialarbeit, Vereine und Stadtteiltreffs wichtige Hinweise vermitteln. Darüber hinaus gibt es die KreisBonusCard extra (für Familien knapp über der Grenze für den Bezug von Sozialleistungen), die durch einen interfraktionellen Antrag mit der Unterstützung der Tübinger Liste auf den Weg gebracht wurde. Auch sie muss noch populärer gemacht werden.

Wir setzen uns für Angebote ein, die an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert sind. Gute Beispiele sind hier die Kinder- und Jugendfarm und die vielfältigen Angebote auf dem Berghof. Auch die Entstehung des Bricks Jugendcafés haben wir gefördert. Die kommunalpolitische Beteiligung junger Menschen unterstützen wir ausdrücklich, wir begleiten aktiv die Arbeit des Jugendgemeinderats und befürworten umsetzbare Vorschläge und Anträge.

Vereine und Ehrenamt stärken
In zahlreichen Vereinen und Organisationen leistet eine große Zahl von Ehrenamtlichen hervorragende Arbeit für unsere Gesellschaft. Die Vereine sind nicht nur ein Beweis unserer lebendigen Stadtgesellschaft, sie nehmen der Kommune auch eine Menge Aufgaben und Arbeit ab. Daher ist es angebracht, dass sich die Stadt – wo nötig – an der Finanzierung beteiligt und mit dauerhaften und verlässlichen Zuschüssen dafür sorgt, dass die Vereine ihren Dienst für die Allgemeinheit leisten können. Auch eine Dynamisierung der Zuschüsse ist bei steigenden Kosten wichtig. Bestehende Sozialvereine werden durch neue Förderrichtlinien in ihrem Bestand gesichert. Um Ehrenamtliche wirkungsvoll in ihrer Arbeit zu unterstützen, ist eine gute fachliche Anbindung und Begleitung durch die Stadt notwendig.

Manche Vereine übernehmen Pflichtaufgaben der Kommune. Das Tübinger Tierheim beispielsweise kümmert sich mit der Aufnahme, Betreuung und Vermittlung von Fundtieren um Aufgaben, die sonst die Stadt bzw. der Kreis erfüllen müsste. Ein neuer Standort mit Platz, Licht, Luft für Tiere und Menschen ist unabdingbar und dringlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt den Bau eines neuen Tierheims gemeinsam mit dem Landkreis zeitnah realisiert. Wenn die Vergütung für die Erledigung dieser städtischen Pflichtaufgaben zu gering ist, geraten Vereine und ihre ehrenamtlichen Helfer in Not. In solchen Fällen werden wir für kostendeckende städtische Zuschüsse eintreten.

Begegnungsorte schaffen

Die Tübinger Stadtteiltreffs sind ein Erfolgsmodell. 2024 wird der letzte Treff in der Weststadt seine Räume beziehen. Stadtteiltreffs sind Begegnungsorte für alle Generationen und Kristallisationspunkte für das Miteinander in den Quartieren und Teilorten, gelebte Nachbarschaft. Auch Menschen mit Einschränkungen wollen wir Teilhabe ermöglichen. Immer mehr Menschen leben allein, das Risiko der Vereinsamung ist groß, hat seit der Corona-Pandemie noch zugenommen. Von zentraler Bedeutung sind Personen, die ihren Stadtteil kennen, dort bekannt und gut vernetzt sind: die „Quartier-Kümmerer“. In Quartieren mit großen Herausforderungen hat sich die Stadtteilsozialarbeit gut etabliert. Das Projekt „Soziale Stadt WHO“ begrüßen wir sehr. Es kann modellhaft für andere Tübinger Quartiere sein.

Um der Vereinsamung von Menschen aller Altersgruppen entgegenzuwirken, möchten wir ambulante Angebote zur Beratung und Begleitung auf Stadtteilebene ausweiten und neue Konzepte fördern. So können Lebensqualität und psychische Gesundheit erhalten oder sogar noch gesteigert werden.

Vielfalt in Tübingen leben

Auch viele geflüchtete Menschen leben mittlerweile in unserer Stadt. Das Konzept des dezentralen Wohnens in den Quartieren und Stadtteilen hat sich bewährt und fördert das Hineinwachsen in die Stadtgesellschaft. Unter Mithilfe von Sozialvereinen, Kirchengemeinden, Beratungsstellen und dem Einsatz vieler Ehrenamtlicher gestalten die Tübinger Bürgerinnen und Bürger das soziale Miteinander und ermöglichen so die Teilhabe aller.

Integration ist und bleibt ein zentrales Thema. Dazu gehört in erster Linie die Sprach- und Arbeitsvermittlung, aber auch die soziale Betreuung der Geflüchteten. Allerdings stellt die zunehmende Zahl an Geflüchteten die Stadt vor enorme Herausforderungen: Die Situation im Ausländeramt mit viel zu langen Wartezeiten muss umgehend verbessert werden, Wohnraum ist ein knappes Gut, und Sprache ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier gibt es noch sehr viel zu tun.

Die richtige Mischung aus Förderung der Integration und zugleich die klare Forderung an geflüchtete Menschen, zu dieser Integration selbst auch beizutragen, wird über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Es bleibt weiterhin eine wichtige und schwierige, aber, wie wir meinen, auch lohnende Aufgabe.

Menschen mit Behinderung immer mitdenken
Die im Jahr 2010 von Tübingen unterzeichnete Erklärung von Barcelona und der Aktionsplan 2022 „Tübingen inklusiv und barrierefrei“ sind Verpflichtung, nicht nur räumliche Barrieren zu beseitigen, sondern Menschen mit Behinderung die Teilhabe an allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Dazu gehören der Einbau induktiver Höranlagen in öffentliche Gebäude, Broschüren in leichter Sprache ebenso wie Orientierungsstreifen für Menschen mit Sehbehinderung und gute Begehbarkeit der Altstadtgassen.

Grundsätzlich müssen bei allen Planungen im sozialen, kulturellen und baulichen Bereich die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen mitgedacht werden. Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe und erfordert eine enge Zusammenarbeit aller städtischen Fachbereiche. Wir werden uns auch weiterhin unter Beteiligung der Behindertenverbände für die konsequente Umsetzung des Handlungskonzepts »Barrierefreie Stadt Tübingen« einsetzen.

In Würde altern
Auch in der „jungen“ Stadt Tübingen steigt die Zahl älterer Menschen: Hier leben gegenwärtig etwa 15.000 Menschen über 65 Jahre. Bis 2030 werden es 18.000 sein, 2040 fast 20.000. Noch nie war die Lebenserwartung so hoch – das ist eine Chance und zugleich eine Herausforderung für die Gesellschaft. Die Mehrzahl der älteren Menschen lebt selbständig und selbstbestimmt, viele bringen sich aktiv ein, zum Beispiel durch ehrenamtliche Tätigkeiten. Aber die Zahl der Hochaltrigen über 85 Jahren nimmt zu, mit zunehmendem Alter brauchen Menschen mehr Unterstützung und auch Pflege.

Wir haben erreicht, dass 2023 eine Stelle zur Gesundheitsförderung für ältere Menschen geschaffen wurde, die sich gezielt für Prävention und Teilhabe einsetzt.

Auch die weiter zunehmende Altersarmut schränkt soziale Teilhabe ein und verstärkt Einsamkeit. Sie findet meist im Verborgenen statt und hat vielfältige Auswirkungen bis hin zum drohenden Wohnungsverlust. Wir unterstützen daher zusammen mit den Seniorenverbänden und anderen Akteuren Angebote, mit denen diese Menschen erreicht werden. Ein Beispiel, für das wir uns engagieren, sind Bürgerautos und das „Seniorentaxi“, das auch älteren Menschen mit geringem Einkommen in der Stadt Mobilität und damit Teilhabe ermöglicht.

Pflege: Mehr Personal und Plätze
Wir befinden uns mitten im Pflegenotstand. Um gute häusliche und stationäre Pflege gewährleisten zu können, ist Fachkräftegewinnung die zentrale Maßnahme. Nur so können geplante und bereits im Bau befindliche Pflegeeinrichtungen alle Plätze belegen und auch Kurzzeitpflege anbieten, die nach Klinikentlassung und zur Entlastung pflegender Angehöriger dringend benötigt werden. Wir müssen uns verstärkt auf den häuslichen Pflegebereich konzentrieren, damit auch kranke und pflegebedürftige Menschen im gewohnten Umfeld bleiben können. Dafür braucht es neue Pflegemodelle, Einbeziehung von Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe, die Erleichterung der Rahmenbedingungen für Pflegedienste und in erster Linie nicht nachlassende Bemühungen zur Fachkräftegewinnung in der Pflege. Die Fachkräfteoffensive der Verwaltung für Sozialberufe unterstützen wir, aber wir brauchen darüber hinaus einen weiteren Maßnahmenkatalog (z.B. Schaffung von Wohnraum für Pflegepersonal etc.).

Wir setzen uns dafür ein, dass für Menschen mit Demenz oder einer gerontopsychiatrischen Erkrankung in Zusammenarbeit mit dem Landkreis ein spezielles Fachpflegeheim entsteht.

Für all diese Themen machen wir uns seit Jahren stark und werden diese Planungen auch weiterhin im Gemeinderat vorantreiben, damit Tübinger Bürgerinnen und Bürger auch im Alter und bei Krankheit gut versorgt sind. Hier sehen wir die Stadt neben dem Kreis in einer starken Mitverantwortung.

Seniorenwohnen kreativ angehen

Die Umsetzung der städtischen Strategie „Seniorenleben und Pflege“ hat hohe Priorität. Die meisten Menschen möchten ihren Lebensabend in der eigenen Wohnung, in ihrem gewohnten Umfeld (Quartier) verbringen. Hier sind sie oft noch sozial eingebunden, kennen sich aus, fühlen sich daheim. Wenn die Wohnung nicht mehr geeignet ist oder aufgrund von Krankheit und Pflege ein Mensch nicht mehr allein leben kann, müssen wir dafür sorgen, dass möglichst im Stadtteil oder Teilort entsprechende Wohn- und Pflegemöglichkeiten gefunden werden.

Gemeinschaftliche Wohnformen wie Senioren-, Pflege- und Demenz-WGs sowie Mehrgenerationen-Wohnen werden immer wichtiger. Das Pflegeheim darf künftig nirgends die einzige Alternative zur eigenen Wohnung sein. Alternative Wohnformen für ältere Menschen mit begleitenden ambulanten Pflegestrategien müssen bei Planungen in neuen Quartieren und bei allen Grundstücksvergaben berücksichtigt sowie beratend unterstützt werden.

In allen Quartieren und Teilorten müssen Möglichkeiten für bezahlbares gemeinschaftliches Wohnen im Alter geschaffen werden. Dafür gab es vor Ort intensive Beteiligungs- und Planungsprozesse. Die Umsetzung muss nun zeitnah erfolgen. Auch das früher recht erfolgreiche Angebot „Wohnen für Hilfe“ wollen wir in Tübingen wieder einführen. Um diese drängenden Aufgaben gut umsetzen zu können, haben wir darauf hingewirkt, dass der Stellenumfang bei „Seniorenleben und Pflege“ ausgeweitet wird.

7. BILDUNG, KULTUR UND SPORT

7.1 Kindertagesbetreuung

Fachkräftemangel angehen
Die Kinderbetreuung ist uns sehr wichtig. 43 städtische Kinderhäuser, 52 Einrichtungen in freier Trägerschaft und der Tageselternverein kümmern sich in Tübingen um unsere Jüngsten.

Die größte Herausforderung ist die Rekrutierung von genügend Fachkräften. Alle Fraktionen unterstützen verschiedene Wege, um dies zu erreichen: Anwerbung von Nachwuchskräften, Schaffung sogenannter PIA-Stellen und Angebot einer praxisorientierten dualen Ausbildung. Mit der von uns unterstützten Absenkung der Parkgebühren für Beschäftigte, die mit dem Auto zum Arbeitsplatz kommen müssen, haben wir eine wichtige Rahmenbedingung verbessert.

Für Kinder und Eltern ist es durch den Fachkräftemangel zu einer starken Einschränkung der Betreuungszeiten gekommen, das bewährte Betreuungskonzept musste verändert werden. Dadurch konnte zwar eine gewisse Verlässlichkeit erreicht werden, die aber nicht für alle Eltern und vor allem nicht für (voll)berufstätige Alleinerziehende ausreichend ist. Interfraktionell wurde gemeinsam mit der Stadtverwaltung der „Runde Tisch Kita“ gegründet. Die Teilnehmer haben Vorschläge für Lösungen und eine mögliche Zukunftsstrategie zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften und zur Sicherung von Qualität entwickelt. In Weilheim zum Beispiel werden die Schulkindbetreuung und der Kindergarten kooperieren und eine gemeinsame Nachmittagsbetreuung anbieten.

Die Kandidaten der Tübinger Liste wissen als Eltern und Großeltern um die Bedeutung guter Kitas und Kindergärten. Wir werden alle Entscheidungen unterstützen, die zu möglichst vielen Kinderbetreuungsplätzen und ausreichenden sowie verlässlichen Betreuungszeiten führen.

7.2 Schulen

In die Schulen investieren
Die Tübinger Kinder können an 21 Grundschulstandorten ihren Bildungsweg beginnen. Wohnortnah und mit sicheren Schulwegen gelingt ein guter Start. Erhebliche Finanzmittel flossen in die Sanierung und Erweiterung von Schulen sowie in die Umbauten für Ganztagsbetreuung. Einige große Sanierungen sind noch auf dem Weg. In den Teilorten Hirschau und Pfrondorf besteht Nachholbedarf. Große Neubauprojekte stehen für die Köstlinschule und die Grundschule Winkelwiese an.

Auch im Bereich der weiterführenden Schulen stehen mit der Umsetzung des Schulzentrums Süd, der Anpassung des Raumbedarfs bei steigenden Schülerzahlen im Gymnasium und im Zuge der Fortschreibung des Digitalisierungsprozesses erhebliche Investitionen an, die wir unterstützen.

Ganztagsbetreuung gestalten
Die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen bietet eine gute Grundlage für die jeweilige Lebenssituation. Eltern wird ein wählbares Ganztagsschulkonzept mit rhythmisiertem Tagesablauf angeboten. Dadurch ist es möglich, eine Bildungsgerechtigkeit für Alle zu erreichen. Durch den verpflichtenden Ganztag haben Vereine zunehmend Probleme, ausreichend Nachwuchs zu finden. Vereinen, die ein Angebot im Ganztag machen wollen, muss das ohne bürokratische Hürden möglich sein. Dafür setzen wir uns ein.

Schulsozialarbeit fördern
Eine umfassende Schulsozialarbeit wird auch mit Blick auf die Ganztagsschule immer wichtiger, nicht nur in den Grundschulen, sondern in allen Schularten. Wir unterstützen weiterhin die flächendeckende Etablierung der Schulsozialarbeit.

7.3 Bildung außerhalb von Schulen

Tübingen steht in diesem Bereich ziemlich gut da. Wir schätzen das breite Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten durch Tübinger Bildungseinrichtungen wie der Volkshochschule, der Familien-Bildungsstätte, dem Deutsch-Amerikanischen Institut, dem Institut Francais, der Universität mit dem Studium Generale und der Kinder-Uni sowie die Zusammenarbeit verschiedener Anbieter im Tübinger Bildungsnetzwerk TÜBI und KUBIT „kultur.bildung.tübingen“. Dafür muss die Finanzierung langfristig gesichert sein.

7.4 Kultur

Kulturelle Bildung stärken Tübingens Kultur ist vielfältig und lebendig. Kulturelle Bildung ist ein Querschnittsthema. Die zahlreichen Angebote verschiedenster Akteure könnten noch besser vernetzt werden, um sichtbarer zu machen, was alles angeboten wird. Hier sind vor allem auch die zahlreichen musiktreibenden Vereine zu nennen, welche einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung in der Stadt leisten. Das städtische Kulturkonzept gilt es ständig zu überprüfen und zukunftsfest zu machen. Uns liegt es am Herzen, das kulturelle Angebot niederschwellig zugänglich zu machen und neue Formate zu entwickeln und zu etablieren.

Kunst im öffentlichen Raum ist selten in Tübingen. Viele kleinere und weniger solvente Gemeinden leisten sich kulturelle Highlights an öffentlichen Orten. Das Kulturamt benötigt unsere Unterstützung. Wir wünschen Tübingen endlich Mut – und Geld –, um neue Akzente zu setzen.

Zukunftsprojekt Konzertsaal
Sowohl das Bachfest 2018 als auch das Musikfest „Komponistinnen“ 2023 waren sehr erfolgreich und haben Tübingen als attraktiven und innovativen Kulturstandort im Bereich Musik herausgestellt. Während der Festivals wurde die schwierige Raumsituation für Konzerte in unserer Stadt deutlich. Die branchenüblichen Anforderungen hinsichtlich Bühnengröße, Sitzplatzanzahl, technischer Ausstattung, Barrierefreiheit und Erreichbarkeit konnten nicht erfüllt werden. Die Tübinger Liste unterstützt deshalb nach wie vor die Idee eines Konzertsaals.

Ein sehr großes Potenzial für den Kulturbereich generell sehen wir im Schlachthof-Areal. Die Lage zwischen Österberg und Universität, das Flair des historischen Denkmals und die Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln drängen geradezu auf eine kulturelle Nutzung. Man kann sich einen Konzertsaal auch dort vorstellen. Wie wäre es, in Pausen bzw. vor oder nach Veranstaltungen in der Natur am Österberg zu „lustwandeln“?

7.5 Sport

Im Zuge der von uns schon vor Jahren vorgeschlagenen Drei-Bäder-Strategie (neues Südbad, saniertes Hallenbad Nord plus Freibad im Sommer) hat der Gemeinderat im Oktober 2023 die Stadtwerke beauftragt, einen Wettbewerb zur Findung der Planungsbüros für den Bau des Hallenbads Süd durchzuführen. Das Bad mit 50-Meter-Becken, Lehrschwimmbecken und Kinderplanschbereich wird den Schulen, Schwimmvereinen und Freizeitbadegästen allerdings frühestens in fünf Jahren zur Verfügung stehen.

Nachdem endlich im Norden Tübingens die schon lange beschlossene und von uns mitgeforderte „Kalthalle“ gebaut wird, kann man angesichts der geplanten Umsetzung des Schulzentrums Süd auch dort mittelfristig mit einem Hallenbau rechnen.

Weiterhin besteht im gesamten Stadtgebiet ein Bedarf an Sport- und Freizeitflächen, zum Beispiel könnten auf dem Teerplatz in der Jahnallee oder in der Weststadt Kleinspiel- oder Beachvolleyballfelder geschaffen werden. Wir werden unsere Vorschläge zu diesem Bereich einbringen.

WIR STEHEN IHNEN GERNE REDE UND ANTWORT.

- **Kommen Sie zu unseren Informationsständen.**
- **Nutzen Sie unsere Social Media Kanäle.**

Weitere Termine zu unseren Informationsveranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage.
www.tuebinger-liste.de

Tübinger Liste e.V.
c/o Ute Mihr, Kirchentellinsfurter Str. 25, 72074 Tübingen
Vorstand
Ute Mihr, Carmen Schweikert, Thomas Unger, Klaus Dieter Hanagarth, Dr. Florian Mayer

KONTAKT
info@tuebinger-liste.de
www.tuebinger-liste.de

Folge uns auf Instagram und Facebook

@tuebingerliste @Tübinger Liste

Tübinger Liste

www.tuebinger-liste.de